



UNITED FOR FREEDOM
Marianne Grimmenstein-Balas – HR Inspector
Postfach XXXXXX
XXXXXXXXXXXXXXXX

Herrn
Vorsitzender
X Rundfunk
Rundfunkrat
00000 Musterstadt

Oberhausen, 16. Juli 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit übersende ich Ihnen als Vorsitzendem des Rundfunkrats des Mitteldeutschen Rundfunks die Strafanzeige gegen die Intendanten des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks u.a. auch den Intendanten des Bayerischen Rundfunks. Die Strafanzeige wurde am 28. Juni 2024 bei der Generalbundesanwaltschaft u. a. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verletzung des Nürnberger Kodex durch die oben genannte Menschenrechtsorganisation eingereicht. Wir bitten Sie höflichst, dieses Schreiben möglichst auch an alle Mitglieder des Rundfunkrats des Mitteldeutschen Rundfunks weiterzuleiten.

Der gemeinnützige Rundfunk soll als Vierte Säule der Demokratie fungieren. Im Auftrag der Bevölkerung übernimmt er wichtige Kontrollaufgaben gegenüber den Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative. Damit er diesen Standards genügen kann, ist seine Unabhängigkeit von Staat, Wirtschaft und Lobbygruppen garantiert. Der Rundfunkbeitrag sichert die Unabhängigkeit des gemeinnützigen Rundfunks. Das heißt, öffentlich-rechtliche Anstalten werden von der Bevölkerung finanziert und kontrolliert. Sie gehören somit der gesamten Gesellschaft. Daraus ergibt sich, dass der ÖRR verpflichtet ist, alle Tendenzen, die die Bevölkerung irgendwie schädigen, kritisch zu verfolgen, darüber die Bevölkerung sachlich und neutral aufzuklären.

Der Pressekodex ist für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zwar nicht bindend, formuliert aber anerkannte Grundsätze journalistischer Arbeit. Danach sind die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit oberste Gebote der Presse.

UNITED FOR FREEDOM Ltd. by guarantee
132-134 Great Ancoats Street Unit 620
Manchester; England M4 6DE

Companies House Cardiff - United Kingdom
Company Number: 13594830
Company UTR: 17065 00318

Director International Affairs and Media /
Chief Executive Officer
Udo Christian Leibmann

Headoffice Contact
Phone +44 2 03 80 700 80

Mail
UFF office@uff-org.com
UFF-TV office@uff-tv.com

Web
UFF https://uff-org.com
UFF-TV https://uff-tv.com

Germany Contact & Post Address
Phone +49 32 21 325 90 09

Postfach 17 01 03
46030 Oberhausen

Poland Contact & Post Address
Phone +48 22 11 898 30
Fax +48 22 11 898 31

Skr. Pocz. 10
PL 56-120 Brzeg Dolny



UNITED FOR FREEDOM is an international Human Rights Organisation that also fights for Consumer Rights as well as Animal & Nature Welfare.



UNITED FOR CHILDREN of **UFF** is an independent Department for Children's Rights. The **CHILDREN'S RESCUE TASK FORCE** is part of this Department.



BACK TO NATURE is an independent Animal & Nature Welfare Department of **UFF**. The slogan of **BACK TO NATURE** is **Just Science, No Ideology!**



UFF-TV is the Department for independent Media in relation to Human Rights as well as Animal & Nature Welfare.

Nach Artikel 26 MStV (Medienstaatsvertrag) ist der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Außerdem sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet, wie es u. a. im Artikel 2 und 5 GG vorgeschrieben ist. Im April 2024 erschien das Manifest der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. In diesem Manifest bestätigen die Mitarbeiter der ÖRR selbst, dass innere Pressefreiheit derzeit in den Redaktionen nicht existiert. Nur sehr selten finden relevante inhaltliche Auseinandersetzungen mit konträren Meinungen statt. Sie bestätigen auch noch, dass die öffentlich-rechtlichen Medien sich in der Praxis am Meinungsspektrum der politisch-parlamentarischen Mehrheit orientieren. Anderslautende Stimmen aus der Zivilgesellschaft schaffen es nur selten in den Debattenraum.

Der ÖRR hat in den Jahren der Pandemie komplett versagt und seine Pflichten gegenüber seinen Beitragszahler nicht erfüllt und mit seinen Beiträgen von Anfang an die Maßnahmen und die enorme Impfkampagne der Politik mit seinen Sendungen unterstützt, statt die Politik zu kontrollieren. Ihr Rundfunkrat versagte bei der Kontrolle ebenso. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ermöglichten mit ihren Berichterstattungen über die Pandemie, dass die unsicheren Impfstoffe rasant verbreitet werden konnten.

Die Menschen wurden im Gegensatz zu den schon früh bekannt gewordenen Fakten ihrer Grundrechte beraubt und ohne jede fachliche Grundlage zur Spritze getrieben. **Der ÖRR hat die Impfkampagnen der Politik mit seinen Informationssendungen stets massiv unterstützt und dabei bewusst manipulativ auf die Zuseher/Zuhörer gewirkt.** Der ÖRR hat alles bereitwillig mitgemacht: beim von oben geschürten Hass auf Nichtgeimpfte und Maßnahmenkritiker, bei Kindern und Jugendlichen Angst einzujagen, ihnen den ganzen Tag Masken aufzuzwingen und sie am Kontakt mit Gleichaltrigen zu hindern, beim Einsperren und Isolieren der Alten und Sterbenden und vielen weiteren Grausamkeiten, die man sich bis 2020 in unserer Gesellschaft nur schwer vorstellen konnte.

Kritische Stimmen wurden nicht zugelassen, aber verunglimpft, wie das veröffentlichte Manifest der ÖRR-Mitarbeiter auch bestätigt, obwohl der ÖRR verpflichtet ist, sorgfältig zu recherchieren und stets sachlich und neutral zu berichten. Alle Tatsachen, die irgendwie die Impfkampagne gestört hätten, wurden vom ÖRR verschwiegen. Das bedeutet, dass die Angebote des ÖRR nicht dazu beigetragen haben, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit zu stärken.

Nach Artikel 2 EMRK wird das Recht jedes Menschen auf Leben gesetzlich geschützt und niemand darf absichtlich getötet werden. Artikel 7 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der in der EU uneingeschränkt seine Gültigkeit hat, legt fest, dass niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden darf. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht nur durch den Medienstaatsvertrag und das Grundgesetz, sondern auch zahlreiche internationale Verträge verpflichtet, das Leben und die Gesundheit der Menschen in unserer Gesellschaft zu schützen und Verordnungen durch die Politik stets zu hinterfragen.

Der jeweilige Rundfunkrat (beim ZDF Fernsehrat) ist u.a. für die Einhaltung des Programmauftrags zuständig. Er soll also darüber wachen, dass die Rundfunkanstalten im Sinne der Interessen der Allgemeinheit die Aufgaben aus dem jeweiligen Staatsvertrag oder Gesetz erfüllen. Die Rundfunkräte wachen darüber, ob gegen die festgelegten Grundsätze verstoßen wird und beraten den jeweiligen Intendanten / die jeweilige Intendantin in allgemeinen Programmfragen. Die grundsätzliche Aufgabe der Rundfunkräte ist die Einhaltung des Medienstaatsvertrages zu überwachen. Der Rundfunkrat Ihrer Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalt versagte in seiner Kontrollfunktion in den letzten Jahren vollständig.

1. Die Berichterstattung und die Sendungen zur Pandemie wurden nicht sichtbar durch den Rundfunkrat kontrolliert. So findet man beispielsweise in den Sitzungsprotokollen der Jahre 22-23 keine Information darüber, ob Seitens der Rundfunkräte Kritik und Korrektur an der einseitigen Darstellung zur Pandemie geäußert wurde. Dadurch hat der Rundfunkrat auch die zahlreichen entstandenen Schäden in der Gesellschaft ermöglicht und ist dafür auch in Mitverantwortung zu nehmen. Es ist diesem Gremium durchaus ein systemimmanentes Kontrollversagen zu konstatieren. Trotz der Veröffentlichung der zahlreichen Dokumente (s. u.a. die veröffentlichten Sitzungsprotokolle des RKI, veröffentlichter Kaufvertrag zwischen EU und Pfizer/BioNTech, offizielle Stellungnahme der EMA, die veröffentlichten zahlreichen Impfschäden durch WHO und EMA usw.), die die nicht evidenzbasierte und willkürliche Handlung der Politik bestätigen, findet immer noch keine offene Aufarbeitung des Geschehens durch den ÖRR statt. Die Bevölkerung über diese Dokumente nicht zu informieren, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in einem beispiellosen Ausmaß.

2. Selbst jetzt klärt der ÖRR die Bevölkerung nicht über die zahlreichen Risiken der neuen Verträge (Internationale Gesundheitsvorschriften und Pandemievertrag) mit der WHO auf. Die Internationalen Gesundheitsvorschriften wurden am 1. Juni sogar unter Verletzung des Völkerrechts mit einem völlig intransparenten Abstimmungsvorgang verabschiedet. Dieser Vertrag verbietet beispielsweise nicht die Gain-of-function-Forschung und schreibt auch noch eine breite Zensur vor. Darüber hat die Bevölkerung bis jetzt durch den ÖRR auch nichts erfahren.

3. Ebenso wenig findet eine kritische Berichterstattung über die durch die EU verhängten Zensur-Maßnahmen, die von der Bundesregierung zustimmend übernommen werden, statt.

4. Maßnahmenkritiker wurden in den Sendungen des ÖRR oft auf das Schlimmste verunglimpft und werden bis heute nicht rehabilitiert.

Dass keine offene Aufarbeitung der Pandemie-Jahre und keine offene Berichterstattung über die WHO durch den ÖRR stattfand und bis jetzt nicht stattfindet, dafür ist auch der Rundfunkrat mitverantwortlich. Der ÖRR unterstützt durch die fehlende Kontrolle des Rundfunkrates alle Vorgaben der Politik und kritische Recherchen finden weiterhin nicht statt. Die Maßnahmen der Politik wurden und werden nicht auf ihre evidenzbasierte Wissenschaftlichkeit und Grundgesetzmäßigkeit neutral überprüft. Wegen der fehlenden Kontrolle Ihres Rundfunkrates konnten zahlreiche Verletzungen des Grundgesetzes und des Völkerrechts, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit und weitere Delikte durch die Berichterstattungen des ÖRR entstehen. Dafür ist Ihr Rundfunkrat mitverantwortlich. **Wir fordern Sie und die Mitglieder des Rundfunkrats auf, ihrer Kontrollverpflichtung unverzüglich nachzukommen. Wir bitten um Ihre Stellungnahme zu den Versäumnissen Ihres Rundfunkrats bis zum 10. August 2024.**

Mit freundlichen Grüßen